Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
A	1	Nordfriesland	26	28	Ersetze den Satz von „Um dies zu erreichen“ bis „keine weiteren Sonderschulden geben.“ durch: „Wir wollen die geltende Schuldenbremse einhalten und uns für eine Reform einsetzen, durch die öffentliche Investitionen von der Kreditbegrenzung ausgenommen werden.“	Folgeänderung zur Investitionsausnahme in Zeile 31. Der Fließtext soll die Einhaltung geltenden Rechts und die angestrebte Reform gleichermaßen abbilden.	Ablehnung
A	2	Nordfriesland	31	31	Ersetzen durch: „die geltende Schuldenbremse einhalten und sich für eine Reform einsetzen, durch die öffentliche Investitionen von ihrer Kreditbegrenzung ausgenommen werden“	Öffentliche Investitionen schaffen langfristig nutzbare Werte. Eine Investitionsausnahme soll Zukunftsinvestitionen ermöglichen und zugleich die Haushaltsdisziplin bei laufenden Ausgaben erhalten.	Ablehnung (Folgeantrag zu A1)
A	3	Plön	32	32	Ergönze hinter „senken“: „Dafür sollen 5% des jährlichen Landeshaushaltes zur ausschließlichen Schuldentilgung genutzt werden.“		Ablehnung
A	4	Plön	34	34	Ergänze hinter „Legislaturperiode“: „auf 15%“		Ablehnung
A	5	Schleswig-Flensburg	34		Nach Zeile 34 folgenden Spiegelstrich einfügen: „den Investitionsbegriff verfassungsrechtlich definieren, um Investitionen	Der Schleswig-Holstein-Rat hat diese Forderung bereits am 21.01.2024 in Bad Segeberg beschlossen. Eine klare verfassungsrechtliche Definition des Investitionsbegriffs verhindert eine Verwässerung der Investitionsquote und schafft Transparenz bei der	Annahme

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					trennscharf von konsumtiven Ausgaben abzugrenzen“	Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Staatsausgaben.	
A	6	Plön	35		Neuer Punkt: „einen kaptitalmarktorientierten Pensionsfond, in dem für jeden Beamten monatliche Rücklagen gebildet werden und dem der politische Zugriff verwehrt ist“		Ablehnung
A	7	Nordfriesland	41	42	Ersetze den Satz beginnend mit „Deshalb wollen wir das Mindestalter“ durch: „Dazu sollen Kinder- und Jugendbeiräte über ihre benannten Vertreterinnen und Vertreter zu allen Tagesordnungspunkten in den kommunalen Vertretungen und deren Ausschüssen rede- und antragsberechtigt sein.“	Folgeänderung zu Zeile 52–53. Die Beteiligung junger Menschen soll durch verbindliche Rechte ihrer Beiräte gestärkt werden.	Ablehnung
A	8	Plön	45	45	„Lebensunterhaltungskosten“ ändern zu: „Lebenshaltungskosten“		Annahme
A	9	Pinneberg	51	51	Ergänze hinter „auf allen Ebenen“: „, insbesondere durch die Einführung eines landesweiten Kinder- und Jugendbeirates“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
A	10	Pinneberg	51	51	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 51: „die sanktionsbewährte Durchsetzung des § 47f GO	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					SH in allen Gemeinden über 10.000 Einwohner“		
A	11	Nordfriesland	52	53	Ersetzen durch: „Kinder- und Jugendbeiräten über ihre benannten Vertreterinnen und Vertreter ein Rede- und Antragsrecht zu allen Tagesordnungspunkten in den kommunalen Vertretungen und deren Ausschüssen einräumen“	Junge Menschen sollen ihre Perspektive in die gesamte kommunale Willensbildung einbringen können. Verbindliche Rede- und Antragsrechte stärken die Beiräte und ermöglichen Beteiligung auch ohne eigenes Mandat.	Ablehnung (Folgeantrag zu A7)
A	12	Kiel	54	54	Setze nach Jugendverbandsarbeit: „, indem wir jährlich einen vom Land durchgeführten Jugendkongress durchführen“	Unterstützung so sehr wage formuliert, daher benötigt es hier mehr handfestes.	Ablehnung
A	13	Plön	56	57	Ersatzlos streichen		Ablehnung
A	14	Pinneberg	58	59	Ersetze „digitaler Gewalt und Risiken in sozialen Medien“ durch „digitaler und sexualisierter Gewalt sowie vor Risiken in sozialen Medien“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
A	15	Pinneberg	59	59	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 59: die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen, insbesondere durch den Ausbau von Wohnheimplätzen	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					für Auszubildende und Studierende		
A	16	Pinneberg	102	102	Ersetze den Bulletpoint durch: „die Unterrichtsversorgung an allen Schulen auf 105 % erhöhen und Unterrichtsausfall durch die Schaffung von Planstellen für Vertretungslehrkräfte minimieren“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
A	17	Steinburg	102	102	Setze zusätzlichen Bulletpoint „kleine ländliche Grundschulen erhalten.“	Zum einen ist dies die logische Konsequenz aus dem Fließtext „kurze Beine, kurze Wege“ zum anderen wollen wir gezielt den ländlichen Raum stärken.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze zusätzlichen Bulletpoint: „eine Strategie zum Erhalt kleiner ländlicher Grundschulen“‘
A	18	Plön	106		Ersatzlos streichen		Ablehnung
A	19	Kiel	106	106	Streiche ersatzlos	Durchaus nachvollziehbare Forderung, jedoch stellt sich die Frage danach wie es praktisch umgesetzt werden soll.	Erledigt durch A18
A	20	Segeberg	107	110	Streichen	Das betrachtete Leistungsspektrum fällt zu gering aus. Andere Stärken können so nicht berücksichtigt werden.	Ablehnung
A	21	Pinneberg	107	110	Ersetze den Bulletpoint durch: „verbindliche Schulartempfehlungen, wobei grundsätzlich nur eine Gymnasialempfehlung vergeben wird, wenn in den Kernfächern Mathematik und Deutsch mindestens eine		Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					befriedigende Note vorliegt, mit Ausnahme der besonderen Empfehlung durch eine Lehrkraft“		
A	22	Nordfriesland	107	110	Ersetzen durch: „den Übergang an weiterführende Schulen durch eine individuelle pädagogische Gesamtbeurteilung und eine verbindliche Beratung der Eltern und Kinder begleiten“	Der Übergang an weiterführende Schulen soll sich an den individuellen Voraussetzungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder orientieren. Eine pädagogische Gesamtbeurteilung und verbindliche Beratung unterstützen eine passende Schulwahl.	Ablehnung
A	23	Nordfriesland	111	112	Ersatzlos streichen.	Zusätzliche verpflichtende Zugangstests erzeugen weiteren Prüfungsdruck. Die im Programm vorgesehenen Leistungsbewertungen und die schulische Beratung bieten bereits Grundlagen für den Übergang an weiterführende Schulen.	Ablehnung
A	24	Pinneberg	111	112	Streiche Bulletpoint.	Zusätzliche verpflichtende Zugangstests erzeugen weiteren Prüfungsdruck. Die im Programm vorgesehenen Leistungsbewertungen und die schulische Beratung bieten bereits Grundlagen für den Übergang an weiterführende Schulen.	Erledigt durch A23
A	25	Steinburg	126	127	Ändere „Politik und Wirtschaft ab der 8. Klasse als jeweils eigenständige Unterrichtsfächer verbindlich etablieren“ zu „Das Fach WiPo ab der 7. Klasse zweistündig pro Woche zu unterrichten“	Eine Trennung des Faches WiPo in Wirtschaft und Politik erscheint uns nicht sinnvoll. Zum einen sind die beiden Themenfelder verknüpft zum anderen würde dies sehr wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Gesamtstundenzahl führen, wodurch in anderen Fächern gekürzt werden müsste. Sinnvoller wäre es die jetzt schon angestoßene Erhöhung der WiPo-Stundenzahl konsequent umzusetzen. Außerdem ist die Forderung einer konkreten Stündigkeit sinnvoll.	Ablehnung
A	26	Segeberg	126	126	Streiche „8. Klasse“ und setze „7.Klasse“	WiPo ist ab 7. Klasse gut unterrichtbar und die SuS können partizipieren	Annahme

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
A	27	Kiel	134	134	Setze nach „integrieren.“: „Die Weiterentwicklung und perspektivisch flächendeckende Einführung des Konzeptes der sogenannten multiprofessionellen Teams unterstützen wir.“	Multiprofessionelle Teams sollen verschiedene Akteure in der sozialen Begleitung zusammendenken, um eine bessere zielorientierte Untersützung der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen und dabei möglichst Kosten und Doppelstrukturen streichen.	Ablehnung
A	28	Rendsburg-Eckernförde	153	153	Setze neuen Bulletpoint: das Anstreben eines qualitativ hochwertigen und weitgehend identischen Abiturs an Oberstufen in Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und Berufsbildungszentren.	Gegebenenfalls mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „das Anstreben eines qualitativ hochwertigen und weitgehend identischen Abiturs an Oberstufen in Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der beruflichen Schwerpunktfächer, auch an Berufsbildungszentren.“‘
A	29	Kiel	154	155	Streiche ersatzlos	Von der 8.-12. Klasse braucht man im Zweifel keinen eigenständigen Wirtschaftsunterricht, da dieser viel zu tief greifen würde. Wirtschaftliche Elemente können auch im WiPo-Unterricht eingebunden werden.	Ablehnung
A	30	Ostholstein	154	155	Streiche ersatzlos	Eine Aufspaltung des Faches WiPo in Wirtschaft und Politik ergibt personal-und zeittechnisch keinen Sinn. Vielmehr sollte Wert auf sinnvolle Inhalte und deren Qualität statt Quantität gelegt werden.	Erledigt durch A29
A	31	Plön	154	155	Ersatzlos streichen		Erledigt durch A29
A	32	Steinburg	154	155	Änderung des Bulletpoints zu „das Fach WiPo ab der 7.	Folgeantrag: Eine Trennung des Faches WiPo in Wirtschaft und Politik erscheint uns nicht sinnvoll. Zum	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					Klasse zweistündig pro Woche zu unterrichten“	einen sind die beiden Themenfelder verknüpft zum anderen würde dies sehr wahrscheinlich zu einer Erhöhung der Gesamtstundenzahl führen, wodurch in anderen Fächern gekürzt werden müsste. Sinnvoller wäre es die jetzt schon angestoßene Erhöhung der WiPo-Stundenzahl konsequent umzusetzen. Außerdem ist die Forderung einer konkreten Stündigkeit sinnvoll.	
A	33	Segeberg	154	154	Streiche „8. Klasse“ und setze „7.Klasse“	WiPo ist ab 7. Klasse gut unterrichtbar und die SuS können partizipieren	Annahme (Folgeantrag zu A26)
A	34	Kiel	165		Setze neuen Bulletpoint: „eine Weiterentwicklung und perspektivisch flächendeckende Einführung des Konzeptes der multiprofessionellen Teams“	s.o.	Ablehnung (Folgeantrag zu A27)
A	35	Ostholstein	167	168	Streiche ersatzlos	Das Ziel von Prüfungen ist die Abfrage von Lerninhalten, sowie die richtige Anwendung dieser, was beides durch KI übernommen werden kann. Eine Regulierung müsste so weitreichend sein, dass eine große logistische Herausforderung entsteht.	Ablehnung
A	36	Pinneberg	174	174	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 174: „unsere Forderung, im Rahmen des Geschichtsunterrichts ab der Jahrgangsstufe 9, einen verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte mit anschließender Aufarbeitung	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 174: „im Rahmen des Geschichtsunterrichts ab der Jahrgangsstufe 9 einen verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte mit anschließender Aufarbeitung im Unterricht einführen“‘

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					im Unterricht einzuführen, endlich umzusetzen“		
A	37	Nordfriesland	182	184	Streiche im Satz beginnend mit „Dazu wollen wir“ die Wörter: „und die Meister- und Fachwirtsausbildung kostenfrei gestalten“.	Folgeänderung zur Streichung von Zeile 196–197. Die allgemeine Forderung nach einer Senkung von Ausbildungskosten bleibt erhalten.	Ablehnung
A	38	Ostholstein	191	191	Streiche „Gleichstellung“ und setze „Angleichung“	Beruflicher und akademischer Bildungszweig werden nie gleichsetzbar sein, da sie völlig andere Zwecke in unserer Gesellschaft erfüllen. Das Wort “Angleichung” im Kontext von Wertschätzung würde dies in Betracht ziehen.	Ablehnung
A	39	Kiel	193	193	Streiche ersatzlos	Zwei Praktika in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nehmen viel Zeit ein und liegen zeitlich zu nah aneinander, um verschiedene Phasen der Berufsorientierung abbilden zu können. Ein frühes und ein spätes Praktikum in der Schullaufbahn halten wir für zielführender.	Ablehnung
A	40	Steinburg	193	193	Ersetze „und“ durch „oder“	Eine zu große Menge an Praktika hat Ermüdungseffekte bei vielen Schülern. Deshalb sollten nicht zu viele Praktika eingerichtet werden, gerade am Gymnasium folgt zudem in Klasse 11 direkt das Wirtschaftspraktikum	Ablehnung
A	41	Schleswig-Flensburg	194	195	Ersetze die bisherigen Zeilen durch: „die Übernahme der Ausbildungskosten sowie die Sicherstellung einer angemessenen Vergütung während der PiA für sozialpädagogische	Eine angemessene Vergütung während der praxisintegrierten Ausbildung steigert die Attraktivität der Ausbildungsberufe, erleichtert den Zugang zur Ausbildung und trägt zur Gewinnung dringend benötigter Fachkräfte bei.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					Assistentinnen und Assistenten sowie Erzieherinnen und Erzieher“		
A	42	Plön	196	197	Ersatzlos streichen		Ablehnung (Folgeantrag zu A37)
A	43	Nordfriesland	196	197	Ersatzlos streichen.	Mit dem Aufstiegs-BAföG und der steuerlichen Berücksichtigung beruflicher Fortbildungskosten bestehen bereits Fördermöglichkeiten. Angesichts der persönlichen beruflichen und finanziellen Chancen einer Aufstiegsfortbildung bleibt ein angemessener Eigenanteil vertretbar.	Ablehnung (Folgeantrag zu A37)
A	44	Steinburg	201	201	Setze neuen Bulletpoint: „die Stärkung der bestehenden Berufsbildungswerke in SH“	Bisher sind diese landesweit nicht sehr stark vertreten (Budenhagen, NMS, Husum), daher ist eine Förderung und Ausbau dieser Standorte sinnvoll	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „Die bestehenden Berufsbildungswerke in SH stärken“‘
A	45	Nordfriesland	209	209	Bitte folgendes ergänzen: „die verpflichtende Einführung der Ausbildungsinhalte Pädagogik und Leistungsbewertung einschließlich der Notenvergabe für alle Lehramtsstudierenden.“	Pädagogische Kompetenzen und eine transparente, gerechte Leistungsbewertung sind wesentliche Grundlagen des Lehrerberufs. Alle angehenden Lehrkräfte sollen bereits im Studium gezielt auf den Umgang mit Schülerinnen und Schülern sowie auf eine nachvollziehbare und einheitliche Notenvergabe vorbereitet werden.	Ablehnung
A	46	Rendsburg-Eckernförde	211	211	Setze neuen Bulletpoint: „die Maximierung des Potenzials der Uni Flensburg als Standort zur Lehramtsausbildung durch einen klaren Fokus auf das Sek I - Lehramt und parallel	Gegebenenfalls mündlich	Annahme

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					die Einführung von bedarfsgebundenen Kapazitäten für das Sek II - Lehramt an der CAU Kiel.“		
A	47	Rendsburg-Eckernförde	211	211	Setzte neuen Bulletpoint: „Aufbau eines zweiten Standorts für das Grundschul- und Sek I - Lehramt.“	Gegebenenfalls mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „den Aufbau eines zweitens Standorts für das Grundschul- und Sek I – Lehramt in einer Region mit besonderem Nachwuchsbedarf an Lehrkräften“‘
A	48	Steinburg	212	212	Ergänze „an Grund- und Gemeinschaftsschulen“ hinter „dualen Lehrerstudiums“	Angleichung an den SHT-Beschluss 2024. Die fachliche Grundlage und Tiefe der Lehrerausbildung würde in einem dualen System mit hoher Wahrscheinlichkeit leiden. Eben diese fachliche Tiefe ist aber insbesondere an Gymnasien entscheidend und elementar wichtig. Wissenschaftspropädeutik kann nicht vermittelt werden, wenn man Studienanfänger ist. Nicht zuletzt gibt es in den meisten Fächern an Gymnasium keinen Lehrermangel, sondern einen Lehrerüberschuss.	Annahme
A	49	Plön	213	214	Ersatzlos streichen		Ablehnung
A	50	Pinneberg	214	214	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 214: „den qualifizierten Quer- und Seiteneinstieg in den Lehrerberuf mit verbindlicher pädagogischer Begleitqualifizierung ausbauen“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
A	51	Nordfriesland	224	224	Ersatzlos streichen.	Hochschulen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung und der Wissenschaftsfreiheit über ihr Forschungsprofil entscheiden können. Die positive Forderung nach zivil-militärischer Forschung und Kooperationen bleibt im Programm bestehen.	Ablehnung
A	52	Steinburg	286	286	Streiche den Bulletpoint	Dies ist schon jetzt möglich, weshalb diese Forderung Symbolpolitik ist	Ablehnung
A	53	Plön	352		Neuer Punkt: „den Datenaustausch zwischen Justiz, Kommunen und den Gesundheitseinrichtungen in Fällen psychisch auffälliger Tatverdächtiger verbessern.“		Annahme
A	54	Steinburg	467	467	Setze neuen Bulletpoint „die Schaffung eines Datenaustausches zwischen Polizei- und Ausländerbehörden“	selbsterklärend	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „den Ausbau des Datenaustausches zwischen Polizei- und Ausländerbehörden“‘
A	55	Nordfriesland	502	506	Streiche am Ende des Satzes beginnend mit „Darüber hinaus wollen wir“ die Wörter: „sowie durch die Einführung einer Drei-Prozent-Sperrklausel bei Kommunalwahlen“.	Folgeänderung zur Streichung von Zeile 518. Die Forderung nach einer kommunalen Sperrklausel soll auch aus dem Fließtext entfallen.	Ablehnung
A	56	Segeberg	512	514	Streiche ersatzlos	Erfolg ist zweifelhaft	Ablehnung
A	57	Nordfriesland	515	515	„Bürgerbegehren bei der Bauleitplanung durch eine Zweidrittelsperre einschränken“	Bürgerbegehren sind ein wichtiges Instrument der direkten Demokratie und ermöglichen die aktive Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen. Auch bei einer Zweidrittelmehrheit in der Gemeindevertretung	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					ersatzlos streichen.	muss die demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleiben.	
A	58	Segeberg	515	515	Streiche „durch eine Zweidrittelsperre einzuschränken“ und ersetze „durch eine Erhöhung des Quorums einzuschränken“	ggf. mündlich	Ablehnung
A	59	Nordfriesland	516	516	„Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die kommunalen Vertretungskörperschaften wählen lassen“ ersatzlos streichen.	Die Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stärkt die demokratische Mitbestimmung und die unmittelbare Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Wahl durch die kommunalen Vertretungskörperschaften würde dieses direkte Mitspracherecht einschränken. Die Entscheidung über die kommunale Verwaltungsspitze soll weiterhin bei den Bürgerinnen und Bürgern liegen.	Ablehnung
A	60	Nordfriesland	518	518	Ersatzlos streichen.	Eine Sperrklausel greift in Wahlgleichheit und Chancengleichheit ein. Das Bundesverfassungsgericht hat im Urteil vom 13.02.2008 (2 BvK 1/07) hohe Anforderungen an ihre Rechtfertigung bei Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein gestellt. Eine pauschale Drei-Prozent-Hürde wird deshalb abgelehnt.	Ablehnung
A	61	Ostholstein	518	518	Setze „in kreisfreien Städten“ nach „Kommunalwahlen“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
A	62	Steinburg	541	544	Streiche Absatz	Dies ist bereits Gesetzeslage und mehrere Akteure haben bereits zurückgemeldet, dass eigentlich kein Bedarf besteht.	Ablehnung
A	63	Nordfriesland	541	544	Ersetzen durch: „Wir wollen Auszubildende bei ihren Wohnkosten unterstützen. Dafür wollen wir prüfen, ob ein pauschaler, unbürokratisch zugänglicher	Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen sind räumlich verteilt. Ein personenbezogener Zuschuss kann Auszubildende auch außerhalb größerer Ausbildungszentren erreichen und ihre Wohnortwahl unterstützen.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					Mietkostenzuschuss für Auszubildende mit eigenen Mietkosten eingeführt werden kann. Bestehende Unterstützungsleistungen sind dabei zu berücksichtigen.“		
A	64	Rendsburg-Eckernförde	548	548	Setze neuen Bulletpoint: „die Genehmigungspflicht nach dem Landschaftsschutzrecht für die Baulandentwicklung innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile und in deren unmittelbarem Umfeld sowie für bestimmte privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich abzuschaffen. Natura-2000-Gebiete bleiben davon ausgenommen.“		Annahme
A	65	Steinburg	563	563	Streiche Bulletpoint	Folgeantrag: Dies ist bereits Gesetzeslage und mehrere Akteure haben bereits zurückgemeldet, dass eigentlich kein Bedarf besteht.	Ablehnung (Folgeantrag A62)
A	66	Kiel	563	563	Streiche ersatzlos	Wurde in dieser Legislatur schon angeschoben, Stichwort: Azubiwerk. (https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/I/_startseite/Artikel2026/I/260225_mp_regierungserklaerung)	Ablehnung (Folgeantrag A62)
A	67	Nordfriesland	563	563	Ersetzen durch: „prüfen, ob Auszubildende mit eigenen Mietkosten durch einen pauschalen,	Ein pauschaler Zuschuss folgt den Auszubildenden an ihren jeweiligen Wohn- und Ausbildungsort. Die Prüfung soll einfache Zugangsvoraussetzungen,	Ablehnung (Folgeantrag A63)

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					unbürokratisch zugänglichen Mietkostenzuschuss unterstützt werden können“	Finanzierung und das Zusammenspiel mit bestehenden Leistungen umfassen.	
A	68	Rendsburg-Eckernförde	585	585	Ergänze neuen Bulletpoint: „die Erhöhung des Ausschreibungsvolumens für flexibilisierte Biogasanlagen, vereinfachte Genehmigungsverfahren und mehr Flexibilität beim Substrateinsatz“		Annahme
A	69	Rendsburg-Eckernförde	586	586	Setze neuen Bulletpoint: „Priorisierung von dem Ausbau von Freiflächen-PV in Flächen mit geringem Ertragswert“		Annahme
A	70	Rendsburg-Eckernförde/	630	630	Streiche und setze: „Schleswig-Holstein als Standort für die Wehrindustrie attraktiv halten, insbesondere durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und Erweiterung entsprechender Unternehmen“		Annahme
A	71	Schleswig-Flensburg	630	630	Ersetze den bisherigen Spiegelstrich durch: „Schleswig-Holstein als Standort für die Wehrindustrie attraktiv halten, insbesondere durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die	Eine Konkretisierung der bisherigen Forderung ist wünschenswert.	Erledigt durch A70

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
					Ansiedlung und Erweiterung entsprechender Unternehmen“		
A	72	Steinburg	714	715	Streiche Bulletpoint	Das ist keine Aufgabe des Staates.	Ablehnung
A	73	Kommission Landwirtschaft	741	742	Streiche Zeile 741-742 und setze stattdessen: „die Aufnahme der Ernährungssicherheit als Staatsziel in die Landesverfassung“	Diskussion in anderen Bundesländern sowie auf Bundesebene; schafft eine bessere Verhandlungsgrundlage gegenüber dem Umweltschutz; unabhängige Versorgungslage vor dem Hintergrund globaler Krisen und Konflikte	Ablehnung
A	74	Kiel	Neu nach 744		Setze neuen Bulletpoint: „bestehende Förderprogramme wie die Richtlinie über Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von landwirtschaftlichen Schäden durch ziehende Wildgänse konsequent weiterentwickeln.“	Wildgänse verursachen durch Fraßschäden für viele Höfe gerade an der Westküsteerhebliche wirtschaftliche Belastungen. Wir handeln deshalb konsequent, damit unsere Landwirtinnen und Landwirte planbare Unterstützung erhalten und wirtschaftliche Härten abgefedert werden	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „bestehende Förderprogramme wie Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von landwirtschaftlichen Schäden durch ziehende Wildgänse konsequent weiterentwickeln, insbesondere durch die Berücksichtigung von Krähen.“‘
A	75	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „die vollständige Abschaffung des Dauergrünlanderhaltungsgesetzes“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
A	76	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „die Abschaffung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechtes“	Das naturschutzrechtliche Vorkaufsrecht greift stark in das Eigentumsrecht ein und führt zu erheblichem Aufwand und Kosten sowie Konflikten. Es wirkt sich negativ auf den Erwerb und die Verfügbarkeit landwirtschaftlicher Flächen aus.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze einen neuern Bulletpoint: „die Abschaffung des naturschutzrechtlichen Vorkaufsrechtes und

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
							Vertragsnaturschutz bevorzugen“‘
A	77	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „keine Naturschutzgebiete auf landwirtschaftlich genutzten Flächen im Privateigentum mehr ausweisen und stattdessen die Qualität der Umwelt- und Artenschutzmaßnahmen auf den bestehende Naturschutzflächen erhöhen und die Finanzierung des Vertragsnaturschutzes sicherzustellen. Nicht marktfähige Leistungen der Landwirtschaft müssen honoriert werden“	Die Ressource Land ist knapp und begrenzt und der Verlust landwirtschaftlicher Flächen muss reduziert werden.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze einen neuen Bulletpoint: „die Qualität der Umwelt- und Artenschutzmaßnahmen auf den bestehende Naturschutzflächen erhöhen und die Finanzierung des Vertragsnaturschutzes sicherzustellen“
A	78	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „bei erforderlichen Ausgleichsflächen zunächst auf bereits aus der Nutzung genommene oder sich in öffentlicher Hand befindende Flächen oder freiwilligen Vertragsnaturschutz zurückgreifen“	Die Ressource Land ist knapp und begrenzt und der Verlust landwirtschaftlicher Flächen muss reduziert werden.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze einen neuen Bulletpoint: „die vorzugsweise Verwendung von öffentlichen Flächen als Ausgliechsflächen“‘
A	79	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „die Einführung einer Existenzgründungsprämie, um Junglandwirt/-innen den Berufseinstieg zu erleichtern“	Sich eine Existenz in der Landwirtschaft aufzubauen ist nicht einfach, denn Böden sind teuer, die Investitionen hoch und die Wertschöpfung gering. Trotzdem gibt es gut ausgebildete und hochmotivierte junge Bäuerinnen und Bauern, die einen Betrieb	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze einen neuen Bulletpoint: „die Einführung einer Existenzgründungsprämie für

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
						gründen oder übernehmen möchten. Diese gezielt zu unterstützen heißt, der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein eine Zukunft zu geben. Andere Bundesländer haben bereits ähnliche Programme gestartet.	Junglandwirtinnen und Junglandwirten“
A	80	Kommission Landwirtschaft	751		Neuer Bulletpint: „durch ein verlässliches und von Betriebsgrößen unabhängiges Förderprogramm sowie vereinfachte Genehmigungsverfahren, Investitionen in Stallum- und -neubauten erleichtern“.	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
A	81	Steinburg	767	770	Streiche Absatz	Symbolpolitik	Ablehnung
A	82	Kiel	771	774	Streiche ersatzlos	Die Kosten für Apps, die bis jetzt durch das Land entwickelt wurden, stehen in keinem vetretbaren Verhältnis zu den Nutzungszahlen. Insbesondere im ländlichen Raum setzten wird auf Projekte, die den persönlichen Kontakt stärken!	Ablehnung
	83	Steinburg	771	774	Streiche Absatz	Es gibt bereits eine App, warum sollte man noch eine neue App vorantreiben.	Erledigt durch A
	84	Schleswig-Flensburg	771	774	Streiche die Zeilen 771 bis 774 ersatzlos.	Eine zusätzliche landeseigene App würde Entwicklungs- und Betriebskosten verursachen und möglicherweise bestehende Angebote duplizieren. Stattdessen sollten vorhandene digitale Lösungen genutzt werden.	Erledigt durchA82
A	85	Steinburg	782	783	Streiche Bulletpoint	Folgeantrag: Symbolpolitik	Ablehnung (Folgeantrag A81)

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
A	86	Kiel	784	784	Streiche ersatzlos	Folgelogisch zu ÄA	Ablehnung (Folgeantrag A82)
A	87	Steinburg	784	784	Streiche Bulletpoint	Folgeantrag: Es gibt bereits eine App, warum sollte man noch eine neue App vorantreiben.	Erledigt durch A86
A	88	Segeberg	784	784	Streiche ersatzlos	Hohe Kosten, wenig Ertrag	Erledigt durch A86
A	89	Schleswig-Flensburg	784	784	Streiche den Spiegelstrich „den Aufbau einer App für den ländlichen Raum vorantreiben“ ersatzlos.	Folgeänderung zur Streichung der Zeilen 771–774.	Erledigt durch A86
A	90	Stormarn	819	819	ändere zu „das Ziel der Netto-Treibhausgasneutralität in Schleswig-Holstein auf das bundesweite Zieljahr von 2045 festlegen“	Der zusätzliche Klimaschutzeffekt eines um fünf Jahre vorgezogenen Landesziels erscheint im Verhältnis zu den möglichen wirtschaftlichen Belastungen gering. Die Orientierung am bundesweiten Zieljahr 2045 schafft Planungssicherheit, vermeidet zusätzliche Belastungen für Wirtschaft und Bürger und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze in Z. 793 nach „aus.“: „Auch außerhalb Schleswig-Holsteins durch hiesige Maßnahmen vermiedene Emissionen sollen berücksichtigt werden. Dies gilt beispielsweise, wenn in Schleswig-Holstein erzeugter Strom andernorts fossile Energieerzeugung ersetzt.“‘
A	91	Stormarn	820	820	ersetze „2040“ durch „2045“	folgerichtig	Annahme in geänderter Fassung (Folgeantrag zu A90 igF): ‚Ergänze in Z. 822 hinter „ausgleichen“: „sowie außerhalb Schleswig-Holsteins durch hiesige Maßnahmen

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
A-Mappe							
							vermiedene Emissionen berücksichtigen“‘
A	92	Ostholstein	892	892	Streiche „einschränken“ und setze „abschaffen“	Das Verbandsklagerecht ist nicht mehr zeitgemäß und steht vielen Infrastrukturprojekten entgegen, die gerade zu Zeiten der Unsicherheit benötigt werden.	Annahme
A	93	Steinburg	964	964	Streiche Bulletpoint	Die bestehende Gestattung dient dem Schutz von Minderjährigen und der öffentlichen Sicherheit. Sie ermöglicht es den Ordnungsämtern, verbindliche Auflagen festzulegen. Bei einer Abschaffung der Genehmigungspflicht entfällt die Sicherheitsmaßnahme der Behörden. Die Formulierung „aus Anlass einmaliger Veranstaltungen“ ist nicht praxisnah definiert. Es droht eine Grauzone, in der unklar bleibt, ob wiederkehrende Feste, Turniere oder saisonale Vereinsfeiern noch als „einmalig“ gelten. Die pauschale Deregulierung des Alkoholausschanks sendet das falsche Signal einer Verharmlosung des Alkoholkonsums.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	1	Herzogtum-Lauenburg	27	29	Ändere zu "Um dies zu erreichen, ist die grundsätzliche verankerte Schuldenbremse konsequent einzuhalten. Außerdem sollen Investitions- und Umsetzungsquoten gesteigert werden."	Die Formulierung "unabdingbar" ist weniger konkret als die klare Forderung, die Schuldenbremse konsequent einzuhalten. Die Änderung sorgt für eine verständlichere und eindeutige Formulierung.	Ablehnung
B	2	Herzogtum-Lauenburg	37	38	Der Begriff "junge Menschen" ist im Rahmen dieses Antrags eindeutig zu definieren.	Im Antrag wird mehrfach der Begriff "junge Menschen" verwendet, ohne eine konkrete Altersgruppe festzulegen. Eine eindeutige Definition schafft Klarheit darüber, an welche Zielgruppe sich die Forderungen des Antrags richten.	Ablehnung
B	3	Herzogtum-Lauenburg	43	44	Der Spiegelstrich "Freiwilligendienste ausbauen" wird wie folgt ergänzt: „sowie eine angemessene Steigerung der finanziellen Leistungen für Freiwilligendienstleistende"	Freiwilligendienste leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Eine Verbesserung der finanziellen Leistungen kann dazu beitragen, dass sich mehr "junge Menschen" einen Frewilligendienst leisten können und dieser attraktiver wird.	Ablehnung
B	4	Herzogtum-Lauenburg	55		hinzufügen von „sowie eine Steigerung der Aufwandsentschädigung“	erfolgt ggfs. Mündlich	Ablehnung
B	5	Plön	63		Hinter Bildungssystem einfügen: „bestehend aus Gymnasien, Förderzentren und Gemeinschaftsschulen“		Ablehnung
B	6	Pinneberg	67	67	Setze neuen Absatz hinter Zeile 67: „Wohlbefinden ist die Voraussetzung für Leistung.	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze in Zeile 63 hinter „Fordern“.“:

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					Wir wollen deshalb eine Schulkultur, die auf Vertrauen, Wertschätzung und Beteiligung beruht. Schule ist Lern- und Lebensraum zugleich. Den Frontalunterricht wollen wir dort durch schülerzentrierte, kooperative und projektorientierte Methoden ergänzen, wo diese bessere Lernergebnisse ermöglichen.“		„Wohlbefinden ist die Voraussetzung für Leistung. Wir wollen deshalb eine Schulkultur, die auf Vertrauen, Wertschätzung und Beteiligung beruht.“‘
B	7	Plön	73		Streiche: „Im letzten Kitajahr eine Vorschule“ Ersetze: „Anstelle des letzten Kitajahres eine Vorschule“		Ablehnung
B	8	Nordfriesland	106	106	„eine tägliche Stunde Bewegung in der Grundschule“ ersetzen durch: „Mehr Bewegung an Grundschulen durch gezielte Bewegungspausen und die Einbindung von Bewegung in den regulären Unterricht.“	Die Formulierung schafft eine verbindlichere und klarer umsetzbare Grundlage für mehr Bewegung im Grundschulalltag.	Ablehnung
B	9	Steinburg	106	106	Ersetze Bulletpoint durch” täglich eine halbe Stunde Bewegungszeit zusätzlich zum Sportunterricht.”	Man sollte klar machen, dass die Bewegungszeit zusätzlich zum Sportunterricht hinzukommt.	Ablehnung
B	10	Segeberg	106	106	Ersetze „Bewegung“ durch „sportliche Betätigung“	ggf. mündlich.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	11	Nordfriesland	107	112	In Z. 111 „dass das Bestehen“ ersetzen durch: „dass zusätzlich das Bestehen“	Klarstellung, dass Notenschnitt und Leistungstest kumulativ gelten. Bislang ist unklar, ob beide Kriterien erfüllt sein müssen oder eines genügt.	Annahme
B	12	Steinburg	135	135	Ergänze nach „einführen“: „und eine gute Ausbildungsqualität sicherstellen.“	Aktuell gibt es keine einheitliche Regelung und sehr große Unterschiede im Leistungsniveau, deshalb sollte das Land steuernd eingreifen.	Annahme
B	13	Steinburg	139	141	Streiche ab „Wir wollen bis...“	Es gibt inzwischen einerseits europäische Alternativen und andererseits auch ausreichend Anbieter, die datenschutzkonform die Dienste von US-amerikanischen KI-Modellen anbieten.	Ablehnung
B	14	Pinneberg	143	144	Ersetze „Gymnasien, Förderzentren und Gemeinschaftsschulen“ durch „Gymnasien, Förderzentren, Gemeinschaftsschulen und berufsbildenden Schulen“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	15	Steinburg	144	144	Setze „reformierten“ vor „Gemeinschaftsschulen“	Wenn wir im nächsten Bulletpoint fordern, dass die Gemeinschaftsschulen grundlegend reformiert werden sollen, sollte wir das hier auch direkt aufnehmen, damit wir auch klar machen, dass die aktuelle Lage noch nicht optimal ist und wir die Gemeinschaftsschulen in der aktuellen Form nicht erhalten wollen.	Ablehnung
B	16	Pinneberg	147	148	Ersetze den Bulletpoint durch: „die Neufassung der Versetzungsregeln in den Klassenstufen 6 bis 10, wodurch ein Notendurchschnitt schlechter als 4,0 oder zwei Fünfen oder eine Sechs in den	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					Kernfächern (Mathematik, Deutsch, Englisch) zu einer Klassenwiederholung oder Schrägversetzung führt“		
B	17	Pinneberg	154	155	Ergänze hinter „verbindlich einführen“: „, einschließlich Finanz- und Verbraucherbildung“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	18	Pinneberg	159	160	Ersetze den Bulletpoint durch: „die strukturelle Verankerung der Aufklärung über die Gefahren und Suchtpotenziale sozialer Medien in den Fachanforderungen“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Streiche und setze: „die Stärkung und die strukturelle Verankerung der Aufklärung über die Gefahren und Suchtpotenziale sozialer Medien in den Fachanforderungen“‘
B	19	Nordfriesland	161	162	Ersetzen durch: „die Abschaffung sämtlicher Berichts- und Statistikpflichten an Schulen zum 31.12.2027, sofern ihre Fortführung nicht ausreichend begründet wird; begründet fortzuführende Pflichten sollen durch Automatisierung weitestgehend vereinfacht werden“	Unnötige Pflichten sollen entfallen. Bei notwendigen Erhebungen soll Automatisierung den Arbeitsaufwand für Lehrkräfte und Schulleitungen möglichst weit reduzieren.	Annahme
B	20	Pinneberg	161	162	Ergänze hinter „nicht ausreichend begründet wird”	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					„und diese nicht der datengestützten Schulentwicklung dienen“		
B	21	Steinburg	166	166	Setze neuen Bulletpoint: „vom Land vorgegebene Standards für die Ausbildung von Schulbegleitern“	Folgeantrag: Aktuell gibt es keine einheitliche Regelung und sehr große Unterschiede im Leistungsniveau, deshalb sollte das Land steuernd eingreifen.	Annahme (Folgeantrag zu B12)
B	22	Segeberg	167	168	Streiche und ersetze durch „die zügige Erarbeitung von KI-gestützten und KI-überprüfenden Prüfungsformaten in den Klassen 8-13, welche auf einen kritischen Umgang mit künstlicher Intelligenz abzielen“	ggf. mündlich	Ablehnung
B	23	Nordfriesland	167	168	„die zügige Erarbeitung von KI-gestützten und KI-überprüfenden Prüfungsformaten in den Klassen 8-13“ ersetzen durch: „die zügige Erarbeitung automatisierter Prüfungsformate mittels Bots für die Klassenstufen 8 bis 13“	Schülerinnen und Schüler sollen weiterhin selbstständig lernen und ihre Leistungen eigenständig erbringen. Automatisierte Prüfungsabläufe und Auswertungen mittels Bots können Lehrkräfte entlasten und Prozesse effizienter gestalten. Die abschließende Bewertung und Entscheidung müssen jedoch stets beim Menschen liegen. Dabei sind die Anforderungen des europäischen AI Acts, insbesondere an menschliche Aufsicht bei Hochrisiko-KI-Systemen, zu beachten.	Ablehnung
B	24	Steinburg	172	172	Streiche Bulletpoint	Folgeantrag: Es gibt inzwischen einerseits europäische Alternativen und andererseits auch ausreichend Anbieter, die datenschutzkonform die Dienste von US-amerikanischen KI-Modellen anbieten.	Ablehnung (Folgeantrag zu B13)

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	25	Steinburg	172	172	Ersetze „angehalten“ durch „verpflichtet“	Die Umsetzung der Rechtslage bezüglich des Datenschutzes ist auch für Lehrer verpflichtend.	Annahme
B	26	Ostholstein	172	174	Streiche ersatzlos	Es ist in der nahen Zukunft nicht damit zu rechnen, dass ein KI-Modell aus Europa, spezialisiert auf Schule, entwickelt wird. Außerdem ist die Stabilität aktueller KI-Konzerne infrage zu stellen, weshalb ihre Produkte nicht zu sehr in unser Bildungssystem eingeflochten werden dürfen.	Ablehnung (Folgeantrag zu B13)
B	27	Nordfriesland	172	174	„dass vor dem Erscheinen eines adäquaten europäischen Produkts auch US-amerikanische KI-Modelle für produktives Arbeiten in Schulen genutzt werden können, wobei Lehrpersonen angehalten sind, persönliche Daten zu schützen“ ersetzen durch: „Wir setzen uns für den Einsatz deutscher oder europäischer KI-Lösungen ein, die Lehrkräfte innerhalb klar definierter Rahmenbedingungen unterstützen. Die Einhaltung der DSGVO ist dabei zwingend sicherzustellen.“	Der Einsatz von KI an Schulen muss höchsten Datenschutzstandards entsprechen. Deutsche und europäische Lösungen sollen einen rechtssicheren Einsatz ermöglichen und die digitale Souveränität stärken. KI soll Lehrkräfte bei ihrer Arbeit unterstützen, ohne deren pädagogische Verantwortung und Entscheidungshoheit zu ersetzen. Entsprechende Produkte sind auch bereits bei öffentlichen Dienstleistern verfügbar.	Ablehnung
B	28	Ostholstein	174	174	Streiche nach „….können“	Lehrer sollten nicht rechtlich in die Verantwortung gezogen werden, über die persönlichen Daten von allen Schülern zu wachen.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	29	Ostholstein	174	174	Streiche „Lehrpersonen“ und setze „Pädagogen“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	30	Segeberg	174	174	Streiche „angehalten“ und ersetze durch „verpflichtet“	ggf. mündlich	Erledigt durch B26
B	31	Nordfriesland	187	189	Ersetze den Satz beginnend mit „Zudem wollen wir den Blockunterricht“ durch: „Zudem wollen wir den Blockunterricht an Berufsschulen dort ausbauen, wo dies betrieblich und schulisch sinnvoll ist und die Ausbildungsphasen besser aufeinander abgestimmt werden können.“	Folgeänderung zu Zeile 201. Die Organisation des Unterrichts soll die Anforderungen der jeweiligen Ausbildungsberufe, Betriebe und Schulen berücksichtigen.	Annahme
B	32	Pinneberg	192	192	Ergänze hinter „regionalen Partnern“: „an allen Schularten, einschließlich der Gymnasien,“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze hinter „regionalen Partnern“: „an allen Schularten“‘
B	33	Pinneberg	193	193	Ersetze den Bulletpoint durch: „ein verpflichtendes Praktikum von zwei Wochen in der 9. Klasse und von einer Woche in der 10. Klasse einführen“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	34	Segeberg	194	195	Füge hinzu „und Heilerziehungspfleger“	Ggf. mündlich	Annahme
B	35	Nordfriesland	201	201	Ersetzen durch: „den Blockunterricht an Berufsschulen ausbauen,	Blockunterricht soll dort ausgeweitet werden, wo er die Ausbildung tatsächlich verbessert. Betriebliche Abläufe und schulische Anforderungen unterscheiden sich je nach Ausbildungsberuf.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					sofern dies betrieblich und schulisch sinnvoll ist“		
B	36	Ostholstein	201	201	Streiche „ausbauen“ und setze „zweckmäßig einsetzen“	Blockunterricht kann bei sehr wenig Unterrichtszeit didaktisch keinen Sinn ergeben, weshalb die Zweckmäßigkeit einzelner Szenarien bewertet werden sollte.	Ablehnung
B	37	Segeberg	212	212	Ergänze „sowie einen erhöhten Praxisanteil im Lehramtsstudium“	Unterrichten ist Praxis und nicht nur Theorie. Schüler verhalten sich anders als in Modellen	Ablehnung
B	38	Rendsburg-Eckernförde	220	220	Streiche und setze: „Stärkere Investitionen in die Modernisierung der Hochschulstandorte“	Gegebenenfalls mündlich	Annahme
B	39	Segeberg	220	220	Ergänze „stärker“ hinter Hochschulstandorte	Konkretisierung	Erledigt durch B38
B	40	Rendsburg-Eckernförde	221	222	Streiche und setze: „eine Exzellenzstrategie zur Förderung und Entwicklung der Spitzenforschung, die zu einer erfolgreichen Bewerbung der CAU Kiel als Exzellenzuniversität führt“	Gegebenenfalls mündlich	Annahme
B	41	Segeberg	224	224	Ersetze „verhindern“ durch „einschränken“	Verfassungsmäßige Bedenken über Freiheit der Forschung	Ablehnung
B	42	Ostholstein	224	224	Streiche „verhindern“ und setze „aufheben“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	43	Rendsburg-Eckernförde	231	231	Setze neuen Satz: „Dafür binden wir sie stärker in die sie betreffende Entscheidungsprozesse mit ein."	Gegebenenfalls mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	44	Herzogtum Lauenburg	274	275	Wird wie folgt neu verfasst: "die Modernisierung der persönlichen Schutzbekleidung und -ausrüstung sowie der Ausrüstung auf den Fahrzeugen und die vollständige Kostenübernahme für die erforderliche persönliche Schutzausrüstung der Polizeibeamten"	Eine moderne und geeignete Schutzausrüstung ist für die Sicherheit der Polizeibeamten unerlässlich. Die erforderliche persönliche Schutzausrüstung soll vollständig vom Dienstherrn bereitgesetllt und finanziert werden, damit die Einsatzkräfte nicht selbst für notwendige Schutzmaßnahmen aufkommen müssen.	Ablehnung
B	45	Nordfriesland	280	280	„eine höhere Polizeipräsenz sowie mehr Polizeiwachen an Bahnhöfen“ ersetzen durch: „eine höhere Polizeipräsenz an stark frequentierten Bahnhöfen, zentralen Verkehrsknotenpunkten sowie bekannten Kriminalitätsschwerpunkten und die bedarfsgerechte Einrichtung zusätzlicher Polizeiwachen.“	Eine gezielte Polizeipräsenz an stark frequentierten und kriminalitätsbelasteten Orten ermöglicht einen effizienten Personaleinsatz, kürzere Reaktionswege und eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Die Polizeiliche Kriminalstatistik Schleswig-Holsteins 2025 bietet eine Grundlage, um solche Schwerpunkte anhand der tatsächlichen Sicherheitslage zu bestimmen.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze in Z. 235 nach „präsent ist“: „‚gerade an stark frequentierten Bahnhöfen, zentralen Verkehrsknotenpunkten sowie bekannten Kriminalitätsschwerpunkten“‘
B	46	Plön	280		Streiche: „sowie mehr Polizeiwachen“		Ablehnung
B	47	Nordfriesland	283	285	Z. 283–285 „einen koordinierten Einsatz von Videoüberwachung auch mittels KI-Gesichtserkennung zur effektiven Strafverfolgung“ ersetzen durch:	Biometrische Echtzeit-Identifizierung im öffentlichen Raum ist durch die EU-KI-Verordnung stark eingeschränkt. Die Forderung wird rechtssicher und damit umsetzbar formuliert.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					„einen koordinierten Einsatz von Videoüberwachung auch mittels KI-gestützter Analyse zur effektiven Strafverfolgung, unter strikter Beachtung der EU-KI-Verordnung, des Datenschutzes und – bei biometrischer Identifizierung – nur auf richterliche Anordnung“		
B	48	Kiel	305	307	Streiche ersatzlos	Wir wollen keine neuen Zuständigkeiten schaffen! Stattdessen sollte der Austausch gestärkt und die Befugnisse badarfsgerecht erweitert werden.	Ablehnung
B	49	Nordfriesland	322	323	Ersetze den Satz beginnend mit „In Zeiten von KI“ durch: „Wir wollen Arbeitsabläufe in der Justiz durch Digitalisierung und geeignete Automatisierung vereinfachen und so zur Entlastung beitragen. Künstliche Intelligenz soll dort eingesetzt werden, wo sie einen nachweisbaren zusätzlichen Nutzen bietet.“	Für die Entlastung der Justiz soll die jeweils geeignete Technik gewählt werden. Auch regelbasierte Automatisierung kann Arbeitsabläufe vereinfachen.	Ablehnung
B	50	Steinburg	331	331	Ergänze „vorrangig technisch, nachrangig personell“	Um Mittel optimal einzusetzen, sollten erst die Prozesse optimiert werden, bevor zusätzliches Personal eingestellt wird.	Ablehnung
B	51	Plön	331		Ergänze hinter personell: „mit dem Ziel PEBB§Y 100“		Annahme
B	52	Segeberg	331	331	Ergänze hinter Bereichen „deutlich zu“	Ggf. mündlich	Erledigt durch B51

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	53	Segeberg	334	334	Ersetzte „die juristische Ausbildung konstruktiv digitalisieren“	ggf. mündlich	Ablehnung
B	54	Segeberg	336	336	Ergänze hinter Jurastudium „sowie bei der Vorbereitung auf das Staatsexamen“	ggf. mündlich	Ablehnung
B	55	Pinneberg	336	336	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 336: „die Förderung freiwilliger Angebote zum Sexualstrafrecht, Opferschutz und Traumasensibilität an der Christian-Albrechts-Universität“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	56	Ostholstein	340	340	Streiche „im Rechtsreferendariat“ und setze „in juristischen Berufen“	Alle Felder des Juristischen sollten berücksichtigt werden.	Ablehnung
B	57	Ostholstein	343	343	Setze „bürgerfreundlichen“ nach „einen“	Ein solcher Service existiert bereits, ist aber zu unzugänglich.	Annahme
B	58	Nordfriesland	344	347	„die Ermittlungs- und Strafverfolgungsmöglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft stärken, wozu nicht nur die konsequente Nutzung von Verkehrsund Telekommunikationsdaten und vermehrte Kontrollen an öffentlichen Brennpunkten gehören“ ersetzen durch:	Eine effektive Strafverfolgung muss mit dem Schutz der Grundrechte und personenbezogener Daten vereinbar sein. Die Nutzung sensibler Daten darf daher nur auf gesetzlicher Grundlage, anlassbezogen und unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit erfolgen. Pauschale Überwachungsmaßnahmen sind zu vermeiden.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					„die Ermittlungs- und Strafverfolgungsmöglichkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft stärken, insbesondere durch die rechtskonforme und anlassbezogene Nutzung von Verkehrs- und Telekommunikationsdaten sowie verstärkte Kontrollen an bekannten Kriminalitätsschwerpunkten“		
B	59	Nordfriesland	351	351	„KI an geeigneten Stellen in der Justiz zum Einsatz bringen“ ersetzen durch: „regelbasierte Automatisierung an geeigneten Stellen in der Justiz einsetzen, unter Einhaltung der geltenden Datenschutzvorgaben“	Regelbasierte Automatisierung bietet bei standardisierten Verwaltungsabläufen eine niedrigschwellige, kostengünstige und nachvollziehbare Alternative zum Einsatz von KI. Sie kann Justizbeschäftigte entlasten, ohne die menschliche Entscheidungshoheit einzuschränken. Dabei müssen die geltenden Datenschutzvorschriften, insbesondere die JI-Richtlinie (EU) 2016/680 und ihre nationale Umsetzung, sowie gegebenenfalls der europäische AI Act eingehalten werden.	Ablehnung
B	60	Nordfriesland	351	351	Ersetzen durch: „Arbeitsabläufe in der Justiz durch geeignete Automatisierung vereinfachen und KI dort einsetzen, wo sie einen nachweisbaren zusätzlichen Nutzen bietet“	Die Auswahl der Technik soll sich am konkreten Nutzen für die Arbeitsabläufe orientieren. Folgeänderung zum Fließtext in Zeile 322–323.	Ablehnung
B	61	Ostholstein	352	352	Streiche „in Strafsachen“ ersatzlos	Die E-Akte sollte in allen Bereichen verbessert werden.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	62	Nordfriesland	352	352	„die E-Akte in Strafsachen weiterentwickeln“ ersetzen durch: „die elektronische Akte (E-Akte) in Strafsachen unter konsequenter Einhaltung der geltenden Datenschutz- und IT-Sicherheitsvorgaben weiterentwickeln“	Die Digitalisierung der Strafjustiz soll Verfahren effizienter gestalten, ohne den Schutz sensibler Verfahrens- und personenbezogener Daten zu gefährden. Datenschutz und IT-Sicherheit müssen dabei jederzeit gewährleistet sein.	Ablehnung
B	63	Plön	352		Streiche: „Strafsachen“ Ersetze: „der gesamten Justiz“		Ablehnung
B	64	Ostholstein	352	352	Setze „und rechtlich vereinfachen“ nach „weiterentwickeln“		Ablehnung
B	65	Nordfriesland	359	359	„mehr und besser verfügbare Anlaufstellen für Opfer von Straftaten“ ändern in: „mehr und flächendeckender verfügbare Anlaufstellen für Opfer von Straftaten schaffen“	Opfer von Straftaten sollen unabhängig von ihrem Wohnort einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Unterstützung erhalten.	Ablehnung
B	66	Ostholstein	361	361	Streiche „Rechtsbeistand“ und setze „rechtliche Unterstützung“	„Rechtsbeistand“ würde die Stellung eines Pflichtverteidigers implizieren.	Ablehnung
B	67	Pinneberg	365	365	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 365: „die verpflichtende Fortbildung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie Polizeikräften zum Umgang	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 365: „die verpflichtende Fortbildung von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten sowie

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					mit Opfern sexualisierter Gewalt“		Polizeikräften zum Umgang mit Opfern sexualisierter Gewalt, die einen dienstlichen Bezug dazu haben“‘
B	68	Steinburg	368	369	Streiche „gegen ….. -politiker“	Man soll Hass und Hetze immer bekämpfen nicht nur im Falle von speziellen Personengruppen.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Streiche „insbesondere gegen Kommunalpolitikerinnen und -politiker“‘
B	69	Nordfriesland	402	403	„die Ausweitung der Regelfrist zur Datenlöschung in den Verfassungsschutzgesetzen auf 20 Jahre“ ersetzen durch: „die regelmäßige Überprüfung der Erforderlichkeit gespeicherter personenbezogener Daten beim Verfassungsschutz sowie deren konsequente Löschung bei Wegfall des Speicherzwecks sicherstellen“	Die Speicherung personenbezogener Daten muss verhältnismäßig und zweckgebunden bleiben. Eine pauschale Verlängerung der Löschfristen auf 20 Jahre kann zu einer unverhältnismäßig langen Speicherung führen. Stattdessen sollen regelmäßige Prüfungen sicherstellen, dass nur weiterhin erforderliche Daten gespeichert bleiben.	Ablehnung
B	70	Nordfriesland	404	405	Z. 404–405 ersetzen durch: „die Begrenzung der Präventivhaft für sogenannte Gefährder auf eine richterlich angeordnete Höchstdauer von zwei Monaten“	„Festlegung der maximalen Dauer auf zwei Monate“ ist missverständlich und kann sowohl als Begrenzung als auch als Ausweitung verstanden werden. Die Neufassung stellt klar, dass eine Obergrenze gemeint ist, und betont den Richtervorbehalt.	Annahme
B	71	Steinburg	406	406	Streiche Bulletpoint	Grundgedanke ist gut, aber Umsetzung deutlich gesteigerter bürokratischer Aufwand bei fehlendem Nutzen	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	72	Steinburg	410	410	Ergänze „islamistisch“ hinter „politisch“	Islamistische Kriminalität ist mittlerweile leider auch eine relevante Gruppe.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze „sowie religiös“ hinter „politisch“‘
B	73	Ostholstein	415	416	Streiche von „in …“ bis „..beziehungsweise“	Automatische Regelanfragen sollten überall Standard werden.	Ablehnung
B	74	Rendsburg-Eckernförde	418	418	Streiche „zu halbieren“ und setze „zu senken“	Gegebenenfalls mündlich	Annahme
B	75	Kiel	417	418	Streiche „zu halbieren“, setze: „weiter verringern	Zu halbieren ist ein Versprechen, welches nicht garantiert werden kann	Erledigt durch B74
B	76	Steinburg	418	418	Ersetze „halbieren“ durch „minimieren“	Wir sollten die Anzahl der Straftaten so weit wie möglich reduzieren, deshalb bietet es sich an, sie minimieren zu wollen.	Erledigt durch B74
B	77	Nordfriesland	434	434	Ersetzen durch: „ein flächendeckendes Warnnetz schaffen und dessen technische Ausgestaltung an Wirksamkeit, technischer Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit ausrichten“	Die Warnung der Bevölkerung soll flächendeckend möglich sein. Die dafür eingesetzte Technik soll nach örtlichem Bedarf, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit ausgewählt werden.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ersetzen durch: „ein flächendeckendes Warnnetz schaffen“‘
B	78	Steinburg	438	439	Streiche ab „sowie …. Bauvorhaben“	Deutliche Kostensteigerung sowie Verkomplizierung von öffentlichen Bauvorhaben, genau das wollen wir gerade vermeiden.	Annahme
B	79	Nordfriesland	443	444	Ersetzen durch: „bestehende Freistellungsrechte für ehrenamtliche Einsatzkräfte bekannt machen und rechtliche Lücken bei der Freistellung von Schule,	Für Beschäftigte bestehen bereits Freistellungsrechte nach § 13 LKatSG; § 15 SchulG ermöglicht Beurlaubungen aus wichtigem Grund. Die Forderung soll vorhandene Möglichkeiten berücksichtigen und auf verbleibende Lücken zielen.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					Berufsschule und Studium schließen“		
B	80	Kiel	463	463	Setze nach „werden.“: „Außerdem bekennen wir uns ausdrücklich zur Bezahlkarte und wollen diese langfristig fortlaufend evaluieren und weiterentwickeln.“	Die Bezahlkarte ist ein wichtiges Instrument zur Vermeidung von Sozialleistungsmissbrauch und schafft Akzeptanz.	Annahme
B	81	Segeberg	465	465	Ergänze hinter „Arbeitsgelegenheiten“: „wie Bürgerarbeit“	Konkretisierung	Ablehnung
B	82	Ostholstein	466	467	Streiche „für Arbeitssuchende“	Es sollte keine Rolle spielen, ob jemand im Register des Arbeitsamts als „Arbeitssuchend“ eingetragen ist.	Ablehnung
B	83	Rendsburg-Eckernförde	468	469	Ergänze nach „Asylbewerber“: „mit anschließendem Sprachtest“	Gegebenenfalls mündlich	Annahme
B	84	Segeberg	469	469	Ergänze „, wenn Plätze angeboten werden“	Man kann zu nichts zwingen, was nicht ausreichend angeboten wird.	Ablehnung
B	85	Pinneberg	472	472	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 472: „die frühe Integration neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher in das Regelschulsystem durch verbindliche Förderung in Deutsch als Zweitsprache“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	86	Plön	477		Ergänzung hinter sexuelle Vielfalt: „und die Gleichberechtigung der Geschlechter“		Annahme
B	87	Stormarn	477	478	setze „dass die Vermittlung und Achtung sämtlicher im	Integration muss die gesamte freiheitlich-demokratische Grundordnung vermitteln. Eine	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					Grundgesetz garantierter Freiheits- und Gleichheitsrechte“ statt „dass Aufklärung und Schulung über sexuelle Vielfalt“	einseitige Hervorhebung einzelner Freiheitsrechte wird diesem Anspruch nicht gerecht. Alle Grundrechte sind gleichermaßen zu achten und zu vermitteln.	
B	88	Steinburg	482	482	Streiche „und ausreichendes Personal“	Selbsterklärend, Erklärung erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	89	Plön	485		Ergänzung hinter vor Ort: „nur bei guter Anerkennungschance“		Annahme in geänderter Fassung: , Ergänzung hinter „vor Ort“: „nur bei guter Bleibeperspektive“‘
B	90	Schleswig-Flensburg	487	487	Nach Zeile 487 folgenden Spiegelstrich einfügen: „dass zusätzliche Haftplätze für die Abschiebungshaft geschaffen werden“	Ausreichende Kapazitäten für die Abschiebungshaft sind notwendig, um bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen die Durchführung von Abschiebungen sicherzustellen und das Untertauchen ausreisepflichtiger Personen zu verhindern.	Ablehnung
B	91	Pinneberg	487	487	Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 487: • „die Einrichtung einer „Task Force Straftäter“ nach bayrischem Vorbild, um die behördliche Zusammenarbeit zu verbessern und ausreisepflichtige Straftäter konsequent abzuschieben“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint hinter Zeile 487: • „die Einrichtung einer „Task Force Straftäter“, um die behördliche Zusammenarbeit zu verbessern und ausreisepflichtige Straftäter konsequent abzuschieben“‘

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	92	Kiel	Neu nach 490		Setze neuen Bulletpoint: „Die Bezahlkarte konsequent einsetzen und fortlaufend weiterentwickeln.	s.o.	Annahme (Folgeantrag B80)
B	93	Steinburg	516	516	Ergänze „hauptamtlichen“	Bei ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ist dies bereits der Fall	Ablehnung
B	94	Nordfriesland	552	552	Ersetzen durch: „die Stellplatzpflicht flexibilisieren und dabei die kommunale Entscheidung darüber erhalten, wie viele notwendige Stellplätze vor Ort nachzuweisen sind“	Der Stellplatzbedarf hängt von den örtlichen Verhältnissen und der Verkehrsanbindung ab. Kommunen sollen die erforderliche Zahl weiterhin selbst festlegen können.	Ablehnung
B	95	Nordfriesland	560	560	„die Fortsetzung der sozialen Wohnraumförderung“ ersetzen durch: „die Fortsetzung und den bedarfsgerechten Ausbau der sozialen Wohnraumförderung“	Angesichts des steigenden Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum reicht die Fortsetzung bestehender Fördermaßnahmen allein nicht aus. Ein gezielter Ausbau soll zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum schaffen und insbesondere Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen entlasten.	Annahme
B	96	Steinburg	562	562	Streiche Bulletpoint	Wir fordern in Z. 560 bereits die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Deshalb doppelt sich diese Forderung damit in weiten Teilen.	Ablehnung
B	97	Nordfriesland	580	582	Ersetze die Sätze von „Wir wollen nicht, dass Windräder abgeregelt werden“ bis „die Wasserstoffproduktion ausbauen.“ durch: „Wir wollen die Abregelung erneuerbarer Energien durch Netzausbau, zusätzliche Speicherkapazitäten und flexible Stromnutzung	Folgeänderung zu Zeile 589. Der Bedarf an Abregelung soll sinken; die für einen sicheren Netzbetrieb erforderlichen Eingriffsmöglichkeiten bleiben erhalten.	Annahme

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					verringern, ohne die Netzstabilität zu gefährden. Dazu wollen wir auch die Wasserstoffproduktion ausbauen.“		
B	98	Segeberg	588	588	Ergänze „sowie einen gemeinsamen Strommarkt mit Skandinavien vorantreiben“	Forderung gibt es schon von SH und HH	Annahme
B	99	Rendsburg-Eckernförde	589	589	Ergänze nach „beenden“ : „durch den Ausbau von Speicherkapazitäten.“		Annahme in geänderter Fassung: , Ergänze vor „beenden“ : „durch den Ausbau von Speicherkapazitäten.“‘
B	100	Steinburg	589	589	Ändere den Bulletpoint zu „Durch den bedarfsgerechten Netzausbau sowie die Schaffung von ausreichend Speicherkapazitäten der Abregelung von erneuerbaren Energien entgegenwirken“	Das Abregeln ist aktuell teilweise die einzige Option. Wenn wir das verhindern wollen, müssen wir die Netze und Speicherkapazitäten ausreichend ausbauen.	Erledigt durch B99
B	101	Nordfriesland	589	589	Ersetzen durch: „die Abregelung erneuerbarer Energien durch Netzausbau, Speicher und flexible Stromnutzung verringern, ohne die Netzstabilität zu gefährden“	Netzengpässe können Eingriffe in die Einspeisung erforderlich machen. Ziel soll sein, deren Bedarf durch Netze, Speicher und flexible Nutzung zu verringern.	Erledigt durch B99
B	102	Ostholstein	630	630	Setze „durch politische Vereinfachung“ nach „Wehrtechnik“	„Fördern“ allein würde finanzielle vermuten lassen	Erledigt durch A70
B	103	Nordfriesland	631	632	„gezielt mehr Fachkräfte aus dem Ausland anwerben und	Durch frühzeitige und automatisierte Vorprüfungen können ausländische Qualifikationen bereits vor der Einreise bewertet, Anerkennungsverfahren	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze nach „schnellstmöglich“:

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					deren Abschlüsse schnellstmöglich anerkennen“ ändern in: „gezielt mehr Fachkräfte aus dem Ausland anwerben, deren Abschlüsse zügiger anerkennen und vorgelagerte, möglichst automatisierte Anerkennungsprüfverfahren etablieren.“	beschleunigt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Die abschließende Anerkennung bleibt Aufgabe der zuständigen Behörden.	„und möglichst automatisiert“‘
B	104	Steinburg	645	646	Verschiebe den Absatz in den Abschnitt Bildung (Z. 189)	Diese Forderung ist als bildungspolitische Forderung besser im Bereich Bildung aufgehoben.	Ablehnung
B	105	Nordfriesland	648	650	Ersetzen durch: „dass alle landesrechtlichen Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten automatisch zum 31.12.2027 auslaufen, sofern die Fortführung nicht durch die Behörde als zwingend begründet wird; bei begründet fortzuführenden Pflichten soll der Arbeitsaufwand durch Automatisierung weitestgehend reduziert werden“	Die Notwendigkeit einer Pflicht und der Aufwand ihrer Erfüllung sind getrennt zu prüfen. Unbegründete Pflichten sollen entfallen; notwendige Nachweise sollen möglichst automatisiert erstellt werden.	Ablehnung
B	106	Nordfriesland	653	654	„die Entlastung von Unternehmen und Behörden bei standardisierten Anträgen und Berichten durch den verstärkten Einsatz von KI“ ersetzen durch:	Standardisierte Verwaltungsprozesse lassen sich durch regelbasierte Automatisierung effizienter und nachvollziehbarer gestalten. Dadurch können Bürokratie abgebaut und Bearbeitungszeiten verkürzt werden, ohne unnötige Risiken durch KI-gestützte	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					„die Entlastung von Unternehmen und Behörden bei standardisierten Anträgen und Berichten durch den verstärkten Einsatz regelbasierter, datenschutzkonformer Automatisierungsverfahren“	Entscheidungen einzugehen. Datenschutz und menschliche Entscheidungshoheit bleiben gewahrt.	
B	107	Nordfriesland	653	654	Ersetzen durch: „die Entlastung von Unternehmen und Behörden bei standardisierten Anträgen und Berichten durch geeignete Automatisierung, einschließlich KI-Anwendungen, sofern diese einen nachweisbaren zusätzlichen Nutzen bieten“	Automatisierung umfasst auch bewährte regelbasierte Verfahren. Die Wahl der Technik soll sich an Entlastung, Zuverlässigkeit und Gesamtkosten orientieren.	Ablehnung
B	108	Steinburg	659	659	Ergänze Bulletpoint „das sog. „Once-only-Prinzip“ konsequent anwenden“	Dies wäre eine relevante Bürokratieentlastungsmaßnahme	Annahme
B	109	Steinburg	660	661	Verschiebe diesen Bulletpoint zum Abschnitt „Bildung“ (Z. 201)	Folgeantrag: Diese Forderung ist als bildungspolitische Forderung besser im Bereich Bildung aufgehoben.	Ablehnung (Folgeantrag zu B104)
B	110	Pinneberg	660	661	Ergänze hinter „anbieten“: „, sowie verpflichtende Handwerksmessen an Schulen“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	111	Nordfriesland	675	675	Nach Zeile 675 einen neuen Absatz einfügen: „Digitale Verwaltungsprozesse wollen wir technologieoffen vereinfachen und	Der Grundsatz soll für die Digitalisierung der Verwaltung insgesamt gelten. Er ermöglicht die jeweils geeignete Lösung und richtet Investitionen auf messbare Verbesserungen aus.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					automatisieren. Maßstab für die Auswahl der Technik sind der nachweisbare Nutzen, die Zuverlässigkeit und die Gesamtkosten. Künstliche Intelligenz kommt dort zum Einsatz, wo sie gegenüber anderen Lösungen einen zusätzlichen Nutzen bietet.“		
B	112	Pinneberg	694	694	Ergänze hinter „4G-Funknetz“: „und 5G-Funknetz“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	113	Pinneberg	695	696	Streiche Bulletpoint.	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	114	Segeberg	695	695	Streiche ersatzlos „Pilot“	5G ist Standard	Erledigt durch B112
B	115	Steinburg	699	699	Setze neuen Bulletpoint „Den IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITVSH) stärken“	Zur besseren Umsetzung des vorherigen Bulletpoints, Erklärung erfolgt mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze in Z. 700 hinter „ausbauen“ „und den IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH) sowie den Kommunit IT-Zweckverband stärken“‘
B	116	Nordfriesland	702	702	Nach Zeile 702 einen neuen Spiegelstrich einfügen: „ein landesweit verfügbares Angebot eines gemeinsamen IT-Dienstleisters für alle Gemeinden, Städte, Ämter und Kreise ausbauen und dessen freiwillige Nutzung erleichtern. Gemeinsame Beschaffung, einheitliche technische Standards und ein gebündelter	Vorhandene Kooperationsstrukturen sollen für ein umfassendes gemeinsames Angebot genutzt werden. Gebündelte Beschaffung und Betrieb können Entwicklungs-, Lizenz- und Betreuungsaufwand reduzieren. Die Wirtschaftlichkeit soll anhand der Gesamtkosten einschließlich des Umstiegs überprüft werden.	Erledigt durch B115

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					Betrieb von IT-Infrastruktur, Verwaltungssoftware und IT-Sicherheit sollen Kosten senken und die Verwaltungen effizienter machen“		
B	117	Steinburg	705	705	Streiche „mittelständische Unternehmen“	Bei ehrenamtlichen und Vereinen ist die Forderung nachvollziehbar. Warum soll dies bei mittelständischen Unternehmen Aufgabe des Staates sein?	Ablehnung
B	118	Nordfriesland	734	734	Füge nach dem Satz, der mit „Once-only-Prinzip“ endet, ein: „Notwendige Meldungen und Nachweise sollen dabei möglichst automatisiert aus bereits vorhandenen Daten erstellt werden.“	Die Entlastung durch Automatisierung soll auch in der Landwirtschaft gelten. Die erneute manuelle Erfassung bereits vorhandener Angaben soll vermieden werden.	Ablehnung
B	119	Rendsburg-Eckernförde	742	742	Setze neuen Bulletpoint: „verpflichtende Besuche von Schulklassen auf qualifizierten landwirtschaftlichen Betrieben mindestens in der Grundschule, Mittel- und Oberstufe“		Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „verpflichtende Besuche von Schulklassen auf qualifizierten landwirtschaftlichen Betrieben mindestens in der Grundschule“‘
B	120	Pinneberg	743	743	Ergänze hinter „stärken“: „und langfristig sichern“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	121	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „kein Gold-Plating von EU- oder Bundesrecht“	Weder in der Tierhaltung noch im Ackerbau oder im Sonderkulturanbau darf ein innerdeutscher oder -europäischer Wettbewerbsnachteil durch höhere Auflagen entstehen. Wir fordern eine „Eins-zu-Eins-Umsetzung“ von EU- und Bundesrecht ohne	Annahme in geänderter Fassung: , Neuer Bulletpoint: „kein „Gold-Plating“ von EU- oder Bundesrecht“

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
						zusätzliche Lasten auf Landesebene. Bestehende Doppelregelungen zu bundes- und EU-rechtlichen Vorgaben müssen in allen Bereichen der Landwirtschaft gestrichen werden.	
B	122	Kommission Landwirtschaft	745		Neuer Bulletpoint: „die Praktikumsprämie auf landwirtschaftliche Betriebe ausweiten“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	123	Kommission Landwirtschaft	745		Ergänze Bulletpoint: „verpflichtende Besuche von Schulklassen auf qualifizierten landwirtschaftlichen Betrieben mindestens in der Grundschule, Mittel- und Oberstufe“	Aufklärung gilt als zentrales Instrument, um Verbraucherinnen und Verbraucher über gesunde Ernährung, Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung zu informieren. Bereits im Kindesalter wird der Grundstein für ein gesundes Leben gelegt. Durch die Fortführung von Bildungsinitiativen wie Schulklassen auf dem Bauernhof oder der Bildungsoffensive Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz (BiLEV) können Besuche auf landwirtschaftlichen Betrieben gefördert werden.	Annahme (Folgeantrag zu B119)
B	124	Steinburg	746	746	Ergänze nach automatisch „zum 31.12.2027 sowie …“ (an die vorherigen Formulierungen anpassen)	Angleichung an die Formulierung in vorherigen Abschnitten	Annahme
B	125	Kiel	Neu nach 746		Setze neuen Bulletpoint: „den eingeschlagen Weg des Bürokratieabbaus weitergehen“	In dieser Legislatur wurde unter anderem eine Mail Adresse eingerichtet, bei der Landwirte direkte bürokratische Hemmnisse melden können, die dann anschließend bearbeitet werden.	Ablehnung
B	126	Kommission Landwirtschaft	747		Ergänze nach „Verfahren vereinfachen und vollständig digitalisieren.“: „Dazu gehört	Das Wirtschaftsjahr bildet die tatsächlichen Abläufe auf den Betrieben deutlich besser ab. Planung, Aussaat, Düngebedarfsermittlung,	Annahme in geänderter Fassung:

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					unter anderem, das Düngemeldeportal ENDO.SH praxistauglicher zu gestalten. Dies muss in einem ersten Schritt durch eine Änderung des Bezugszeitraumes vom Kalenderjahr auf das landwirtschaftliche Wirtschaftsjahr erfolgen.“	Düngemitteleinkauf, Kulturführung und Ernte lassen sich in einem zusammenhängenden Zeitraum darstellen. Dadurch entstehen weniger Medienbrüche, weniger Doppelarbeit und eine höhere Datenqualität. Gleichzeitig wird die Nachvollziehbarkeit verbessert, weil Düngemaßnahmen dort dokumentiert werden, wo sie fachlich hingehören: zur jeweiligen Kultur und zur jeweiligen Anbauperiode. Aus unserer Sicht wäre eine wirtschaftsjährliche Ausrichtung auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau. Eine Online-Meldung sollte so gestaltet sein, dass sie die betrieblichen Abläufe unterstützt und Kommission Landwirtschaft nicht zusätzliche Parallelstrukturen erzeugt.	‚Ergänze nach „digitalisieren“: „, beispielsweise durch eine praxistauglichere Gestaltung des Düngemeldeportals ENDO.SH“
B	127	Kiel	Neu nach 748		Setze neuen Bulletpoint: „weiterhin junge Menschen für die Landwirtschaft begeistern und gewinnen, durch Praktikumsprämien, gezielte Beratung zur Hofübergabe, die Förderung des landwirtschaftlichen Nachwuchses und eine verlässlich ausgestattete Junglandwirteförderung“	Wir brauchen bessere Infrastruktur für junge Leute, um die landwirtschaftlichen Betriebe zu übernehmen oder einen landwirtschaftlichen Beruf zu ergreifen.	Ablehnung
B	128	Nordfriesland	749	749	Nach Zeile 749 einen neuen Spiegelstrich einfügen: „notwendige landwirtschaftliche Meldungen und Nachweise möglichst	Folgeänderung zum Fließtext. Notwendige Meldepflichten sollen für landwirtschaftliche Betriebe mit möglichst geringem Arbeitsaufwand verbunden sein.	Ablehnung (Folgeantrag zu B118)

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					automatisiert aus bereits vorhandenen Daten erstellen“		
B	129	Kommission Landwirtschaft	751		Neuer Bulletpoint: „die Knickpflegevorschriften praxisnäher gestalten. Dazu gehört es, das seitliche Einkürzen bereits nach der Ernte im Sommer zuzulassen und die rechtswidrige Auslegung von mehrstämmigen Gehölzen als Überhälter zu streichen“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze einen neuen Bulletpoint: „die Knickpflegevorschriften praxisnäher gestalten“‘
B	130	Kommission Landwirtschaft	751		Neuer Bulletpoint: „die Vorschläge der Borchert-Kommission endlich umsetzen“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze einen neuen Bulletpoint hinter Zeile 751: „die Vorschläge der Borchert-Kommission umsetzen“
B	131	Kiel	Neu nach 751		Setze neuen Bulletpoint: „weiter die Rahmenbedingungen für eine starke Fischerei in unserem Land zwischen den Meeren schaffen“	In einem Programm, welches das Wort Meer erhält, sollte unsere Fischerei in jedem Fall erwähnt werden	Annahme in geänderter Fassung: ‚Setze neuen Bulletpoint: „weiter die Rahmenbedingungen für eine starke Fischerei schaffen“‘
B	132	Nordfriesland	776	777	„Medizinstudienplätze für diejenigen vorhalten, die im ländlichen Raum tätig sein wollen“ ändern in: „Medizinstudienplätze gezielt für Studierende vorhalten, die sich zu einer späteren	Die gezielte Vergabe von Medizinstudienplätzen und zusätzliche Förderangebote sollen die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum langfristig sichern. Durch eine verbindliche Verpflichtung zur späteren Tätigkeit kann die Planungssicherheit erhöht und dem Ärztemangel entgegengewirkt werden.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					ärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum verpflichten, und diese während ihrer Ausbildung besonders fördern.“		
B	133	Stormarn	780	780	ändere zu „die Einführung einer Strategie ‚Seelsorge 2035‘ unter Wahrung der Eigenständigkeit kirchlicher und freier Träger“	Entsprechend der Antragsbegründung soll die Strategie bestehende kirchliche und freie Strukturen stärken, ohne deren Eigenständigkeit durch staatliche Vorgaben einzuschränken.	Annahme
B	134	Nordfriesland	781	781	„ÖPNV-Verbindungen im ländlichen Raum erhalten und bedarfsgerecht ausbauen“ ersetzen durch: „ÖPNV-Verbindungen im ländlichen Raum erhalten sowie bedarfsgerecht und flächendeckend ausbauen, wobei die Sicherstellung der Mobilität Vorrang vor rein wirtschaftlichen Erwägungen hat“	Schleswig-Holstein ist stark ländlich geprägt. Um der Wohnraumknappheit in den Städten entgegenzuwirken, muss der ländliche Raum als Wohn- und Arbeitsstandort attraktiver werden. Ein flächendeckender und zuverlässiger ÖPNV ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Die Sicherstellung der Mobilität muss daher Vorrang vor rein wirtschaftlichen Erwägungen haben.	Ablehnung
B	135	Kiel	781	781	Streiche „erhalten und“	Ein desolater Zustand sollte nicht erhalten werden!	Ablehnung
B	136	Segeberg	781	781	Streiche „bedarfsgerecht“ und ersetze durch „konsequent strategisch“	ÖPNV muss konsequent ausgebaut werden im ländlichen Raum, damit er eine echte alternative wird.	Ablehnung
B	137	Kiel	Neu nach 781		Setze neuen Bulletpoint: „ das Konzept der Partybusse für eine zweckbezogene	Der Punkt eigent sich auch super als Bulletpoint, nicht nur als Teil des Fließtextes.	Annahme

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					Mobilitätsoptiminierung zu fördern“		
B	138	Kiel	Neu nach 781		Setze neuen Bulletpoint: „ die bürokratische Entlastung der Landjugend, unter anderem durch die Erlassung der anfallenden GEMA-Gebühren für die Landjugendpartys“	Zeigt Wertschätzung gegenüber der Arbeit der Landjugend und unterstützt die aufwendig geplanten Veranstaltungen, bei denen tatsächlich auch GEMA-Gebühren anfallen.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze in Z 783 hinter „unterstützen“: „, unter anderem durch die Erlassung der anfallenden GEMA-Gebühren für die Landjugendparties“‘
B	139	Rendsburg-Eckernförde	825	825	Setze nach „speichern“: „und hierbei eine internationale Zusammenarbeit mit Anrainerstaaten zu forcieren.“		Annahme
B	140	Nordfriesland	838	839	Ersetze den Satz beginnend mit „Wir wollen vermehrt auf Drohnen“ durch: „Wir wollen vermehrt Drohnen sowie geeignete digitale Mess- und automatisierte Analyseverfahren für das Deichmonitoring einsetzen.“	Die eingesetzte Technik soll sich an den fachlichen Anforderungen der Deichüberwachung orientieren. Die Formulierung lässt die Auswahl geeigneter Verfahren offen.	Annahme
B	141	Nordfriesland	844	846	Ersetzen durch: „Wir wollen leistungsfähige Mess-, Prognose- und Automatisierungssysteme nutzen, um unsere Warnsysteme vor Sturmfluten und anderen Extremwetterereignissen zu	Für zuverlässige Warnungen sollen die jeweils geeigneten technischen Verfahren eingesetzt werden. Eine Festlegung auf KI ist dafür nicht erforderlich.	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					modernisieren und zu verbessern.“		
B	142	Nordfriesland	861	861	Ersetzen durch: „bei der Deichschau Drohnen sowie geeignete digitale Mess- und automatisierte Analyseverfahren für das Deichmonitoring einsetzen	Folgeänderung zu Zeile 838–839. Die konkrete Auswahl der Technik soll nach fachlichem Nutzen und Wirtschaftlichkeit erfolgen.	Annahme (Folgeantrag zu B140)
B	143	Nordfriesland	861	861	„bei der Deichschau Drohnen und ein KI-gestütztes Deichmonitoring einsetzen“ ersetzen durch: „bei der Deichschau Drohnen und automatisierte, datenbasierte Monitoringsysteme zur Überwachung des Deichzustands einsetzen“	Automatisierte Monitoringsysteme ermöglichen eine kontinuierliche und effiziente Überwachung der Deiche. Veränderungen und mögliche Schäden können frühzeitig erkannt werden, ohne auf fehleranfällige KI-Auswertungen angewiesen zu sein. Die abschließende Bewertung und Entscheidung verbleiben bei den zuständigen Fachkräften.	Erledigt durch B142
B	144	Nordfriesland	862	863	Ersetzen durch: „Warnsysteme für Sturmfluten und andere Extremwetterereignisse durch leistungsfähige Mess-, Prognose- und Automatisierungssysteme modernisieren und die Vorhersagen verlässlicher und präziser machen“	Folgeänderung zu Zeile 844–846. Die Verbesserung der Warnungen soll durch geeignete Technik erreicht werden.	Ablehnung (Folge zu B141)

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	145	Ostholstein	868	868	Setze „durch Einsatz von KI und Drohnentechnologie“ nach „Munitionsaltlasten“	Begründung ggf. mündlich	Ablehnung
B	146	Segeberg	891	891	Ergänze hinter beschleunigen „und uns im Bund für die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft nach Vorbild der österreichischen ASFINAG einsetzen“	Wir brauchen strukturelle Veränderungen	Ablehnung
B	147	Rendsburg-Eckernförde	891	891	Ergänze nach „Planungsprozesse“: „für Infrastrukturprojekte“		Annahme
B	148	Nordfriesland	892	892	Z. 892 ersetzen durch: „das Verbandsklagerecht gegen Infrastrukturprojekte im Rahmen einer Bundesratsinitiative und unter Beachtung des EU-Rechts einschränken“	Das Verbandsklagerecht ist überwiegend bundesrechtlich und unionsrechtlich (Aarhus-Konvention) geregelt. Ein Verweis auf die zuständige Ebene schafft Klarheit.	Ablehnung
B	149	Kiel	Neu nach 901		Setze neuen Bulletpoint: „den konsequenten Ausbau der A21 bis zum Barkauer Kreuz und die Schaffung der Südspange“	Wichtigte Verkehranbindung für Kiel.	Annahme
B	150	Segeberg	902	902	Ersetze „Tornesch“ durch „Elmshorn“	Eine Anschlussstelle mehr. Elmshorn ist die größere Stadt.	Ablehnung
B	151	Segeberg	903	903	Ergänze hinter „Westküstenmagistrale“: „nach Regelquerschnitt 28 (jeweils 2 Fahrspuren und Standspuren je Richtung) bis Niebüll“	ggf. mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
B	152	Kiel	Neu nach 903		Setze neuen Bulletpoint: „demokratiebildung fächerübergreifend verankern und zum festen Bestandteil des Schulalltags machen“	Demokratie lernt man nicht nur im Politikunterricht. Deshalb wollen wir Demokratiebildung fächerübergreifend verankern und zum festen Bestandteil des Schulalltags machen. Schülerinnen und Schüler sollen erleben, dass ihre Stimme zählt: durch echte Mitbestimmung in der Schule, eine starke Schülervertretung und Unterricht, der zum kritischen Denken und respektvollen Diskutieren ermutigt. So stärken wir junge Menschen als selbstbewusste Demokratinnen und Demokraten von morgen.	Ablehnung
B	153	Segeberg	906	906	Ergänze hinter „-Verkehr“: „, insbesondere durch Optimierung der Anschlussstelle Quickborn (A7) und Bau einer Anschlussstelle Norderstedt“	ggf. mündlich	Ablehnung
B	154	Segeberg	911	911	Ergänze nach Abschnitten „zwischen Pinneberg und Elmshorn sowie Ellerau“	ggf. mündlich	Annahme
B	155	Segeberg	916	916	Streiche ersatzlos und ersetze durch „fordern wir die Verlängerung der U1 bis Quickborner Straße und perspektivisch bis Ulzburg Süd, sowie die Verlängerung des 10-Minutentaktes der S5 bis Ulzburg Süd, des 20-Minutentaktes der A2 bis Bad Bramstedt, die Reaktivierung der A3 zwischen Ulzburg Süd	ggf. mündlich	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					und Bad Oldesloe und den AKN-Expresszug nach Neumünster“		
B	156	Segeberg	917	917	Ersetze „bedarfsgerechten“ durch „konsequent strategisch“	ggf. mündlich	Ablehnung
B	157	Schleswig-Flensburg & Nordfriesland	917	917	Nach Zeile 917 folgenden Spiegelstrich einfügen: „die zügige Umsetzung des Flügelkonzepts Kiel–Husum/Flensburg in Jübek“	Das Flügelkonzept ist von landesweiter Bedeutung und für die Schienenanbindung des nördlichen Schleswig-Holsteins essenziell. Es ermöglicht eine zusätzliche stündliche Verbindung zwischen Kiel und Flensburg über Schleswig und Tarp und verbessert zugleich die Anbindung Husums an Flensburg. Damit stärkt es die regionale Vernetzung zwischen Nord- und Ostseeküste.	Annahme
B	158	Rendsburg-Eckernförde	960	961	Streiche Bulletpoint		Annahme
B	159	Pinneberg	962	962	Ergänze hinter „fördern“: „und stärker anerkennen“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B	160	Segeberg	966	966	Ergänze hinter „ausgeben“: „und eine viermalige pro Jahr Befreiung von Gema-Gebühren von Vereinen bei einmaligen Veranstaltungen“	ggf. mündlich	Ablehnung
B	161	Steinburg	979	979	Ersetze „jede Form von Antisemitismus“ durch „dass die Empfänger auf der Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung denken und handeln“	Antisemitismus ist schlimm, jedoch gibt es noch weitere Formen von Rassismus. Mit Bezug auf die FDG werden diese Formen mit eingeschlossen.	Annahme in geänderter Fassung: ‚Ergänze hinter „ablehnen“: „und sich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen“‘
B	162	Nordfriesland	1005	1006	„wohnortnahe Grundversorgung sicherstellen	Eine flächendeckende medizinische Grundversorgung muss insbesondere im ländlich geprägten Schleswig-	Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
B-Mappe							
					und zentrale Hochspezialisierung ermöglichen“ ersetzen durch: „eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Grundversorgung sicherstellen und gleichzeitig zentrale Hochspezialisierung ermöglichen.“	Holstein gewährleistet sein. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von ihrem Wohnort Zugang zu medizinischer Versorgung haben. Hochspezialisierte Leistungen können weiterhin an zentralen Standorten gebündelt werden.	
B	163	Pinneberg	1011	1011	Ergänze nach „Ausgestaltung“: „und Vergütung“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B	164	Segeberg	1015	1016	Streiche ersatzlos	ggf. mündlich.	Ablehnung
B	165	Rendsburg-Eckernförde	1017	1017	Setze neuen Bulletpoint: „die verpflichtende Bereitstellung von kostenfreien Periodenprodukte an jeder Schule in Schleswig-Holstein“		Ablehnung

Mappe	Form nr.	Antragsteller	Zeile von	Zeile bis	Änderung	Begründung	Votum
C-Mappe							
C	1	Ostholstein	434	434	Setze „einführen“ nach „Warnnetz“	redaktionell	Erledigt durch B77
C	2	Steinburg	475	476	Streiche Fettschreibung	redaktionell	Annahme
C	3	Rendsburg-Eckernförde	475	476	Das Fettgedruckte verändern in Normaldruck	redaktionell	Erledigt durch C2
C	4	Ostholstein	563	563	Streiche „Azubis“ und setze „Auszubildende“	redaktionell	Annahme
C	5	Steinburg	630	630	Streiche „noch“	Umgangssprache	Erledigt durch A70
C	6	Rendsburg-Eckernförde	741	741	Streiche „Versorgungsicherheit“ und setze „Versorgungssicherheit“	redaktionell	Annahme
C	7	Rendsburg-Eckernförde	870	870	Setze einen „.“ Nach „Kernkontinent“		Annahme
C	8	Ostholstein	871	871	Setze einen Punkt hinter „Kernkontinent“	redaktionell	Erledigt durch C7
C	9	Steinburg	901	901	Ersetze „Hauptschlagader“ durch „Hauptverkehrsader“	Umgangssprache	Annahme

Änderungsanträge zu den Sachanträgen						
Antrags-Nr	**Formnr.**	**Antragssteller**	**Zeile von**	**Zeile bis**	**Änderung**	**Begründung**
2	Ä1	Rendsburg-Eckernförde	1	22	Verweisung in die Kommission Innen und Recht	
2	Ä2	Nordfriesland	2	3	In Z. 3 „Schülerinnen und Schüler“ ersetzen durch: „minderjährige Schülerinnen und Schüler“	Das Verbot ist mit dem Schutz der freien Persönlichkeitsentwicklung des Kindes begründet (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG). Diese Begründung trägt nicht für volljährige Schülerinnen und Schüler, etwa an berufsbildenden Schulen, deren Religionsfreiheit (Art. 4 GG) weitergehend geschützt ist.
2	Ä3	Herzogtum Lauenburg	2	8	Die Zeilen 2–8 werden wie folgt neu gefasst: „Die Einführung eines Verbots des Tragens von Kleidungsstücken, die das Gesicht vollständig oder weitgehend verhüllen, insbesondere Burka und Nikab, im Schulunterricht an allgemein- und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein. Normale Kopfbedeckungen, insbesondere der Hijab, bei dem das Gesicht vollständig sichtbar bleibt, sind ausdrücklich vom Verbot ausgenommen.“	Eine normale Kopfbedeckung wie der Hijab lässt das Gesicht sichtbar und ermöglicht grundsätzlich die Kommunikation sowie die Identifizierung der Schülerinnen und Schüler. Eine vollständige Gesichtsverschleierung unterscheidet sich hiervon wesentlich. Der Antrag sollte diese Unterschiede berücksichtigen und das Verbot auf die tatsächliche Gesichtsverhüllung beschränken, statt sämtliche religiös motivierten Kopfbedeckungen einzubeziehen.
2	Ä4	Steinburg	7	7	Ersetze „verrohrtet“ durch „verortet“	Redaktionell
2	Ä5	Nordfriesland	7	7	„verrohrtet“ ersetzen durch „verankert“	Redaktionelle Korrektur.
2	Ä6	Steinburg	8	8	Streiche Unterbulletpoint	Es ist problematisch, dass wir hier, auch wenn dies die im öffentlich Diskurs am augenscheinlichsten, nur muslimische Kopf- und Gesichtsbedeckungen aufgezählt werden. Außerdem ist durch die vorherigen Ausführungen bereits klar, was verboten werden soll, sodass die Aufzählung nicht nötig ist.
2	Ä7	Nordfriesland	12	13	Z. 12–13 ersetzen durch: „Für Schülerinnen und Schüler, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, wird vermutet, dass die Entscheidung dem selbstbestimmten Willen entspricht. Die Vermutung ist widerlegbar. Für jüngere Schülerinnen und Schüler gilt das Verbot ohne Ausnahme.“	Der bisherige Text lässt offen, ob das Verbot ab 14 Jahren endet und wer die Selbstbestimmung nachweisen muss. Die Neufassung regelt Altersgrenze und Beweislast eindeutig und ist besser gerichtsfest.

Änderungsanträge zu den Sachanträgen						
Antrags-Nr	**Formnr.**	**Antragssteller**	**Zeile von**	**Zeile bis**	**Änderung**	**Begründung**
2	Ä8	Herzogtum Lauenburg	12	13	Ersetze durch: "Die Fähigkeit, einen selbstbestimmten Willen zu bilden, ist individuell zu beurteilen und kann nicht pauschal an der Vollendung eines bestimmten Lebensjahres festgemacht werden."	Die Fähigkeit zur Selbstbestimmung entwickelt sich individuell und lässt sich nicht allein am Alter festmachen. Die Vollendung des 14. Lebensjahres ist kein ausreichender Beleg dafür, dass eine Entscheidung vollständig selbstbestimmt getroffen wird. Umgekehrt darf nicht pauschal angenommen werden, dass jüngere Kinder grundsätzlich keinen eigenen Willen bilden können. Entscheidend ist, die individuelle Situation zu berücksichtigen und insbesondere möglichen religiösen oder familiären Zwang ernst zu nehmen.
2	Ä9	Schleswig-Flensburg	13	13	Ersetze das Wort „jedenfalls“ durch „erst“.	Die Fähigkeit zur selbstbestimmten Entscheidung soll erst mit Vollendung des 14. Lebensjahres angenommen werden. Die Änderung stellt die beabsichtigte Altersgrenze klar.
2	Ä10	Schleswig-Flensburg	13	13	Nach Zeile 13 folgenden Spiegelstrich einfügen: „Unabhängig hiervon soll die vollständige Gesichtsverhüllung, insbesondere durch Niqab oder Burka, an Schulen für alle Altersgruppen verboten werden.“	Eine vollständige Gesichtsverhüllung beeinträchtigt die offene Kommunikation und das soziale Miteinander im Schulunterricht. Das Verbot soll daher unabhängig vom Alter gelten.
2	Ä11	Nordfriesland	19	22	Z. 19–22 (Evaluierung eines Gesetzes zum Verbot der Gesichtsverhüllung im öffentlichen Raum) streichen.	Der Antrag behandelt das Verbot im Schulunterricht zum Schutz von Kindern. Ein allgemeines Verhüllungsverbot betrifft Erwachsene, folgt anderer verfassungsrechtlicher Abwägung (Religions- und Versammlungsfreiheit) und sollte, falls gewünscht, als eigener Antrag beraten werden.
3	Ä12	Herzogtum Lauenburg	7		ergänze nach “unter staatlicher Aufsicht“: "und in enger Abstimmung mit den zuständigen Sicherheitsbehörden".	Die zuständigen Behörden sollen eingebunden werden, damit die Abwehr kontrolliert und sicher abläuft.
3	Ä12	Herzogtum Lauenburg	9		Vor “unschädlich zu machen" ergänzen: "als letztes Mittel und nur, wenn es gesetzlich erlaubt ist"	Nicht jede Drohne stellt automatisch eine Gefahr dar. Deshalb sollte eine Zerstörung nur dann infrage kommen, wenn sie wirklich notwendig und rechtlich zulässig ist.
3	Ä31	Herzogtum Lauenburg	10	17	Am Ende des zweiten Spiegelstriches ergänzen: "Die Schulungen sind regelmäßig zu wiederholen."	Die Mitarbeiter sollen auch langfristig wissen, wie sie mit Drohnen und möglichen Gefahren richtig umgehen. Eine einmalige Schulung reicht dafür nicht unbedingt aus.

Änderungsanträge zu den Sachanträgen						
Antrags-Nr	**Formnr.**	**Antragssteller**	**Zeile von**	**Zeile bis**	**Änderung**	**Begründung**
4	Ä14	Herzogtum Lauenburg	Titel		ändere Titel zu “Kein Schutzraum für Extremisten! - Konsequente Bekämpfung religigiös und ideologisch motivierten Extremismus"	Es sollte kein Schutzraum für alle extremistischen Strömungen geben, unabhängig von Religionen.
4	Ä15	Herzogtum Lauenburg	2	7	Formulierung “islamistischer Moscheen und sonstiger Einrichtungen" wird ersetzt durch: "religiösen und sonstigen Einrichtungen, sofern deren Täter oder maßgebliche Repräsentatnten nachweislich extremistische Bestrebungen verfolgen oder unterstützen."	Extremismus ist nicht auf eine bestimmte Religion beschränkt. Auch in anderen Religionen und Weltanschauungen können extremistische Strömungen auftreten. Die Bekämpfung von Antisemitismus, Terrorismus und der Entrechtung von Menschen muss deshalb unabhängig von der religiösen oder ideologischen Ausrichtung erfolgen. Entscheidend sollten die konkreten Handlungen und Bestrebungen sein, nicht die Religionszugehörigkeit.
4	Ä16	Herzogtum Lauenburg	8	12	Die Formulierungen „ausländischer islamistischer Prediger und Extremisten“ sowie „die solche Inhalte aktiv verbreiten“ werden ersetzt durch: „ausländischer Prediger und extremistischer Akteure unabhängig von ihrer religiösen oder ideologischen Ausrichtung, sofern sie nachweislich terroristische Organisationen unterstützen, zu Straftaten aufrufen oder aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wirken“.	Die konsequente Anwendung des Rechts darf nicht auf eine bestimmte religiöse oder ideologische Gruppe beschränkt sein. Wer nachweislich terroristische Organisationen unterstützt, zu Gewalt aufruft oder die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft, muss unabhängig von seiner Religion oder Weltanschauung nach denselben rechtlichen Maßstäben beurteilt werden.
4	Ä17	Herzogtum Lauenburg	13		Die Formulierung „damit islamistische Organisationen und Akteure schneller erkannt“ wird ersetzt durch: „damit extremistische Organisationen und Akteure unabhängig von ihrer religiösen oder ideologischen Ausrichtung schneller erkannt“.	Ein wirksames Instrumentarium zur Bekämpfung von Extremismus muss alle entsprechenden Bestrebungen erfassen. Eine Beschränkung auf islamistische Organisationen greift zu kurz. Ziel muss es sein, sämtliche extremistischen Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten oder Gewalt und Terrorismus unterstützen, konsequent und rechtsstaatlich zu bekämpfen.
5	Ä18	Rendsburg-Eckernförde	3	4	Streiche und setze: „Die Zuständigkeit für die Durchführung von Abschiebungen auf die Landesebene zu zentrieren“	

Änderungsanträge zu den Sachanträgen						
Antrags-Nr	**Formnr.**	**Antragssteller**	**Zeile von**	**Zeile bis**	**Änderung**	**Begründung**
5	Ä19	Rendsburg-Eckernförde	5	6	Streiche Bulletpoint ersatzlos	
5	Ä20	Rendsburg-Eckernförde	7	8	Streiche „Return-Hubs“ und setze „Abschiebezentren“	
5	Ä21	Kiel	8	8	Ersetze „Return-Hubs“ durch „Rückführungszentren“	Da es um Menschen und ihre Rückführung geht, wollen wir eine Bezeichnung, die nach Amazon-Retouren klingt möglichst vermeiden, auch wenn die aktuelle Gesetzesdebatte diesen Begriff verwendet.